

10 JAHRE

Eine Reportage von Klaus Herbert, IPA Vorarlberg.

im Dienste der Volksgesundheit

Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität.

Gute 10 Jahre ist es her, als im Nationalrat der Gedanke aufkam: »Es muß was geschehen«. Und es hatte schnell zu geschehen. Ende 1980 war man sich auf politischer Ebene klar, daß die ständig und beängstigend steigende Suchtgiftkriminalität effizienter bekämpft werden muß, als bisher. Was lag also näher, als eine Spezialeinheit ins Leben zu rufen. Alles mußte unheimlich schnell gehen; viel schneller, als man es in unserer Alpenrepublik gewöhnt ist.

Die Zielsetzung war klar: Die Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität – kurz EBS – brauchte einen Platz außerhalb der komplizierten Behördenorganisation, außerhalb einer Unzahl von lokal Zuständigen, Behörden- und Dienststellenleitern. Und so wurde sie in der Gruppe »Kriminalpolizei« des Innenministeriums und dort als ein operativer Teil der Zentralstelle zur Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität (diese existierte ja schon über 10 Jahre) eingerichtet.

Der Blick über'n Zaun

Zuerst einmal galt es, sich schlau zu machen. Denn was nun entstehen sollte, hatte Österreich noch nie zuvor gesehen. Im benachbarten westlichen Ausland waren solche Sonderheiten aber schon ältere Hüte. Was lag nun näher, als sich mal hier, mal da die Rosinen herauszupicken und alles mit eigenen Zutaten zu einem guten österreichischen Teig zu vermischen.

Völlig neu war die Zusammenfassung von Gendarmerie-, Kriminalpolizei- und Sicherheitswachebeamten zu einer Einheit. Da hatte die Administration eine Menge organisatorischer Aufgaben zu lösen. Aber es spielte sich alles ein.

Aufgaben der EBS

Die EBS arbeitet österreichweit und ist aufgrund ihrer Struktur überall in kürzester Zeit einsetzbar. Sie kümmert sich hauptsächlich um die organisierte Suchtgiftkriminalität. Es geht um oft professionell arbeitende Tätergruppen, die Millionen durch den Handel mit Drogen in Österreich ver-



dienen. Sie gilt es durch gezielte Fahndungen, Langzeit-Beobachtungen und verdeckte Ermittlungen »zur Strecke zu bringen«. Es ist also Aufgabe der EBS, Handel und Schmuggel von Suchtgiften aller Art in Österreich einzudämmen.

Kein Job für jeden

Bei der EBS arbeiten Beamte jeden Alters über einen unterschiedlich langen Zeitraum. Die Aufnahmebedingungen stellen keine besonderen Voraussetzungen. Jedoch sollten Neulinge nicht zu alt und vor allem dazu bereit sein, an jedem Ort in Österreich für längere Zeit zu arbeiten. Einer Aufnahmeprüfung, die auch psychologische Tests inkludiert, folgt eine mehrwöchige Spezialausbildung. Der eigentliche Lernprozess

spielt sich aber erst in der Einsatzgruppe, also in der Praxis ab.

Durch den zeitintensiven und ortsunabhängigen Dienst ist es kaum möglich, seinen Freundeskreis zu erhalten und seinen Hobbies nachzugehen. Und wenn ich behauptete, daß EBS-Beamte oft selbstlos ihre Arbeit machen, dann übertreibe ich nicht. Ein Höchstmaß an Eigeninitiative, wie man sie in keinem anderen Bereich der Sicherheitsexekutive findet, ist praktisch Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen eine der miesesten Arten aus dem breiten Verbrechensspektrum.

Nur der gemeinsame Weg führt zum Ziel

Die EBS ist keine Eigenbrötlergruppe. Vielmehr arbeitet sie eng mit den

verschiedenen Korps der Sicherheitsexekutive zusammen; seien es Kriminalbeamte, Uniformierte oder die Zollwache. Oft können aber jene wegen vieler anderer Arbeiten die erforderliche Zeit nicht aufbringen, und erst der EBS gelingt schließlich der gewünschte Erfolg. Doch dieser ist nur schwer meßbar. Wengleich die EBS jährlich ein Vielfaches ihrer Eigenkosten an Suchtgiften sicherstellt, so handelt es sich praktisch um wertlose Ware. Sichergestellte Drogen können nicht (wie z.B. anderes Schmuggelgut) durch Versteigerung zu Geld gemacht werden.

Wir alle sind der Erfolg

Der tatsächliche Erfolg läßt sich nicht leicht in Kilos und Verhaftungen messen. Und irgendwo bleibt er immer

ein Tropfen auf dem heißen Stein. Trotzdem ist jedes sichergestellte Gramm ein Plus für die Volksgesundheit.

Die vom Suchtgiftkonsum ausgehende Gefahr ist heute vielen von uns noch gar nicht bewußt. Und die drogenverseuchten USA sind ja weit weg. Aber nicht weit genug! Fangen wir deshalb als Eltern und Erzieher schon heute an, uns wieder mehr um die jüngste Generation zu kümmern. Familiäre Geborgenheit und eine gesunde Gemeinschaftsstruktur sind sicher die besten Wege vorbei am immer tiefer werdenden Sumpf der Suchtgifte. Es ist noch nicht zu spät!

Die EBS »widmet« sich den kriminellen Organisationen, den Unverbesserlichen, die in jener Zahl auftreten, wie sie sich die Gesellschaft verdient.

Keine Macht den Drogen

Unter dem Motto »Für die Zukunft unserer Kinder – Keine Macht den Drogen!« startete der Wiener Kriminalbeamte und Obmann des Elternvereines der Hauptschule Prinzgasse in Wien-Donaustadt, Josef Rohaczek, eine überparteiliche Elterninitiative gegen Drogenmißbrauch. Der Elternverein forderte die rasche Ausarbeitung und Durchführung eines Gesundheitserziehungskonzepts mit dem Ziel einer Aufklärung der Schüler/innen über die Gefahren des Suchtgiftmißbrauchs. Bundesweit wurden über 12.500 Unterschriften gesammelt und bei der Abschlußveranstaltung am 26. Juni 1991, dem 4. Weltdrogentag der Vereinten Nationen, an Nationalratsabgeordneten Fritz Svihalek übergeben, der mit Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky den Ehrenschatz über diese Benefizveranstaltung übernommen hatte. Die Unterschriften und eine Petition betreffend Drogenaufklärung an allen Schulen wurden dem Unterrichtsausschuß im Parlament vorgelegt, der darüber am 15. Oktober beraten hat.

Der Stadtschulrat für Wien startete in Zusammenarbeit mit verschiedensten Institutionen ab Herbst 1991 ein Pilotprojekt zur Drogenprävention. Unter wissenschaftlicher Betreuung werden im Rahmen dieses Projektes nicht nur Aktivitäten für die Schüler/innen, sondern auch für die Lehrer/innen gesetzt.

Wir Eltern fordern Drogenaufklärung an allen Schulen!

An den Bürger- und Petitionsausschuß im Parlament

Der Nationalrat möge durch entsprechende Novellierung des Suchtgiftgesetzes 1951 + folgender Novellen sowie des Strafrechtsanpassungsgesetzes beschließen:

- entsprechende Änderung der sonstigen gesetzlichen Vorschriften bzw. gesundheitspolitischer Maßnahmen:

- Schaffung der gesetzlichen Grundlage für Förderungsrichtlinien für Drogenprävention an allen Schulen in Österreich.

Wir fordern die rasche Ausarbeitung und Durchführung eines Gesundheitserziehungskonzepts mit dem Ziel einer Aufklärung über Gefahren des Suchtgiftmißbrauchs.

Diese Forderung ist zwar bereits im § 25 SGG im Abs. 6 verankert, aber bisher nicht verwirklicht worden.

Wir fordern die rasche Durchsetzung dieser gesetzlichen Bestimmung.

Durch Schaffung einer Novelle soll der Absatz 7 eingefügt werden.

Der Bundesminister für Gesundheit hat gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht und den sonst zuständigen Schulbehörden Sorge zu tragen.

- daß die Schuljugend durch entsprechend geschulte Personen, wie Lehrpersonen des Bundes, der Län-

Drogendebatte im Parlament

Nach unserer Elterninitiative mit der Forderung nach Drogenaufklärung an allen Schulen hat der Unterrichtsausschuß darüber beraten und folgendes festgestellt:

Seit Beginn des Jahres 1992 werden vom Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz Unterrichtsmaterialien zur Drogeninformation an alle Schulen geschickt. Diese Materialien sollen ab der achten Schulstufe fächerübergreifend verwendet werden.

*Josef Rohaczek
NZ vom 5. 2. 92 (Auszug)*

der und Gemeinden, an allen Schultypen

- durch Erstellung von Programmen, welche von Fachleuten (Sozialarbeiter, Lehrer, Ärzte, Polizei) durchgeführt werden muß, die Aufklärung über die Gefahren des Suchtgiftmißbrauchs durch Änderung bzw. Ergänzung des Lehrplanes durchzuführen.

Erste Erfolge

Der Unterrichtsausschuß des Nationalrates hat auf die Petition bereits reagiert. Bei seinen Beratungen hat er folgendes (auszugsweise) festgestellt:

Mit Beginn des Jahres 1992 werden vom Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz Unterrichtsmaterialien zur Drogeninformation an alle Schulen verschickt ...

... Als zweiter Schwerpunkt wird gleichzeitig eine Lehrerinformation zur Verfügung gestellt ...

... der Bundesminister hat einen Bericht über den Stand der Drogenaufklärung an Österreichs Schulen zu geben ...

Der Elternverein hat durch private Spenden und aus dem Erlös einer Benefizveranstaltung bereits einen ansehnlichen Betrag für die Drogenvorbeugung in Wien gesammelt. Dieser Betrag wurde am 21. Oktober Chefarzt Dr. Stephan Ruda zur widmungsgemäßen Verwendung übergeben.